

Fragen und Ängste im Zusammenhang mit der Erweiterung

Die meisten Ängste und Unsicherheiten beruhen auf mangelnder Information; daher haben es Demagogen oft leicht, solche Emotionen zu schüren, um daraus politisches Kapital zu schlagen.

Sicherheit und Frieden

Durch die Osterweiterung, vor allem durch den freien Personenverkehr, werden Krisen importiert; zudem steigt die Kriminalität.

Schon heute ist es unvorstellbar, dass zwischen Mitgliedern der Union bewaffnete Konflikte geführt werden können; seit ihrer Gründung hat sich die Gemeinschaft als Zone des Friedens bewährt, aber auch dazu beigetragen, in vielen Ländern (wie Griechenland, Spanien, Portugal) die Folgen langjähriger Diktaturen zu überwinden und die Demokratie zu stabilisieren. Die Osterweiterung wird diese Zone des Friedens und der Stabilität auf zehn weitere Länder ausdehnen - so erspart sich die Union letztlich unvorstellbar hohe Geldmittel, die letztlich zur Beseitigung von Kriegsschäden aufgewendet werden müssen.

Die organisierte Kriminalität macht zwar vor den EU-Außengrenzen nicht halt, doch bietet die Erweiterung die Chance zur engeren Zusammenarbeit und damit zur wirksameren Bekämpfung (Europol!). Die Nichterweiterung aber würde zur Instabilität führen, die ihrerseits wieder den Migrationsdruck erhöht.

Handel und Wirtschaft

Der österreichische Markt wird von billigen osteuropäischen Produkten überschwemmt werden, zahlreiche heimische Unternehmen werden der Konkurrenz nicht standhalten können, die Verlagerung der Produktion vernichtet Arbeitsplätze in Österreich.

Mittel- und Osteuropa ist der stärkste Wachstumsmarkt auf dem Kontinent. Die Erweiterung bewirkt dort ein Ansteigen des Wohlstandes, was zu einer verstärkten Nachfrage nach österreichischen Produkten führt. Bereits durch die bisherige Ostöffnung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die österreichische Wirtschaft um 2,4% gewachsen, womit netto 20.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Österreich ist ein wichtiger Standort für die Osteuropazentralen ausländischer Konzerne, die hier bereits jetzt 40.000 Menschen beschäftigen.

Von allen EU-Staaten war Österreich damit der relativ größte Gewinner aus der Ostöffnung: Österreichs Exporte in den Osten haben sich in einem einzigen Jahrzehnt vervierfacht; EU-weite Umfragen unter den Wirtschaftstreibenden ergeben, dass allgemein gerade Österreich als der größte Gewinner der Erweiterung erwartet wird.

Ein gewisses Problem wird sich freilich noch in der Landwirtschaft ergeben, doch bietet der Modernisierungsbedarf der Reformstaaten auch hier Exportchancen für österreichische Technologien.

Arbeitsplätze und Migration

Eine hohe Zahl von Migranten aus den neuen Mitgliedstaaten wird die Arbeitslosigkeit in Österreich erhöhen; in der Folge werden das Lohnniveau und die Sozialstandards sinken. Es werden vor allem weniger Qualifizierte zuwandern, und ein Ansteigen der Pendlerzahlen wird die Situation noch verschärfen.

Jene Erfahrungen, die die Union früher bei ihrer „Süderweiterung“ gemacht hat (Griechenland, Spanien, Portugal), sprechen nicht unbedingt für ein Zutreffen dieser Befürchtungen, eher im Gegenteil: Nach dem Beitritt dieser Länder zur Gemeinschaft war es eher zu einer Rückwanderung von Gastarbeitern gekommen, da diese nun mehr Chancen zu Hause sahen. Zudem wird jede Migration durch Probleme, die mit der Sprache oder mit der Beschaffung von Wohnungen befürchtet werden, eingeschränkt.

Die Öffnung der Arbeitsmärkte schafft aber auch Probleme für die Herkunftsländer, da diese zuallererst ihre gut ausgebildeten und höchst motivierten Arbeitskräfte verlieren.

Der beste Weg, den Migrationsdruck zu verkleinern ist wohl der, die Beitrittsländer beim Aufbau ihrer eigenen Wirtschaft zu unterstützen; beträgt das Wohlstandsgefälle nur mehr 25 bis 30 %, ist die sogenannte Migrationsschwelle erreicht - darunter macht sich Auswandern nicht mehr bezahlt.

Interessant ist gerade das Beispiel Österreichs: Im Burgenland arbeiten zur Zeit der Weinernte massenweise Ungarn in den Weingärten - und auf der anderen Seite der Grenze sehen die dortigen Zahnärzte in ihren Wartezimmern kaum Ungarn, sondern eher Österreicher und Deutsche. Und in Slowenien arbeiten schon heute mehr Österreicher als Slowenen in Kärnten.

Umwelt und Nuklearenergie

Durch die Osterweiterung sinken die Umweltstandards. die Atompolitik der Beitrittsländer lässt besonders gefährliche Technologien zu, die in meist veralteten AKWs sowjetischer Bauart angewendet werden.

Schon jetzt sind wir von der Verschmutzung betroffen: Wind und saurer Regen kennen keine Staatsgrenzen.

Andererseits aber erzeugt die Perspektive eines Beitritts einen starken Druck zur Übernahme der EU-Standards, denn auch in diesem Bereich müssen die Kandidaten den Acquis übernehmen - und da hier ein hoher technologischer Nachholbedarf besteht, erschließt sich für österreichische Umwelttechnologien ein interessanter Absatzmarkt.

In Bezug auf die Atomenergie ergibt sich für die Reformstaaten ein Dilemma: Einerseits steigt ihr Energiebedarf, um an die Unionsmitglieder ökonomisch heranzukommen, andererseits aber haben sich Kohlekraftwerke als zu umweltbelastend erwiesen; die saubere Wasserkraft aber steht nicht ausreichend zur Verfügung. Auch bezüglich der Atomkraft kann aber die Union dann mehr Einfluss ausüben, wenn diese Staaten einmal Mitglieder geworden sind.

- 1) Welche Maßnahmen kann die Union gegen einen Mitgliedstaat ergreifen, dessen Regierung seinen Bürgern unter Androhung von Gefängnisstrafen verbietet, die Regierung zu kritisieren?
- 2) Welche Bestimmungen enthält die Grundrechtscharta der EU hinsichtlich der Religion?
- 3) Welche Argumente werden gegen die Erweiterung der Union vorgebracht? Was könnte man diesen entgegen?